

An der Grenze zweier Machtblöcke **Zu den ungarisch-österreichischen Beziehungen 1945–1965***

Warum waren die ungarisch-österreichischen Beziehungen in der Zeit des Kalten Krieges wichtig? Was veranlaßt uns, sie für einen Sonderfall zwischenstaatlicher Kontakte zu halten? Nachfolgender Beitrag soll wegweisende Aspekte zur Beantwortung dieser Fragen herausarbeiten. Die zwei Staaten, Österreich, ein neutrales und demokratisches Staatswesen, und Ungarn, ein Satellitenstaat der Sowjetunion, schufen spezifische Rahmenbedingungen, die – abgesehen von der *Eiszeit* 1949-1953 – eine stabile wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sowie einen politischen Dialog ermöglichten.

Ein wichtiges Element in der Geschichte der ungarischen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg war die Entwicklung der Beziehungen zum Nachbarland Österreich. Die geographische Lage, die jahrhundertlange gemeinsame Geschichte, die engen wirtschaftlichen Verflechtungen, die verwandtschaftlichen Beziehungen vieler Menschen beeinflussten sowohl auf der Ebene der großen Politik als auch auf psychologischer Ebene – sogar zur Zeit des *kältesten* Kalten Krieges – die Führungspersonen und das politische Leben im kommunistischen Ungarn, aber noch eher die Öffentlichkeit des Landes. Auf dem Gebiet Österreichs, das im Laufe des Jahres 1945 – wenn auch für viele Jahre nur formal – seine eingeschränkte Souveränität wiedererlangt hatte, drängten sich nach Kriegsende Zehntausende geflohene ungarische Militärangehörige und Zivilisten. Es wurden noch jede Menge ärarischer Güter angehäuft, die noch von der deutschen Wehrmacht verschleppt worden waren.¹

Die ersten Kontakte zwischen den ehemaligen ungarischen Konsularbeamten in Wien und den neuen, noch im Entstehen begriffenen österreichischen Behörden wurden bereits im Mai 1945 aufgenommen. Sie betrafen die Angelegenheiten des Interessenschutzes, der Repatriierung der Flüchtlinge und die Rückgabe der Besitztümer. Nur wenige Monate nach Kriegsende wurde eine Einigung darüber erzielt, daß Ungarn als Kompensationszahlung Kohle nach Österreich liefern sollte, weil sich dort große Probleme bei der Versorgung mit Heizmaterial angekündigt hatten. Im Fe-

* Erweiterte Fassung eines Vortrags gehalten am 9. Oktober 2003 im Münchener Internationalen Begegnungszentrum der Wissenschaft, veranstaltet vom Ungarischen Institut München e. V. in der Reihe „Ungarn in den Beziehungsgeschichten Ostmitteleuropas“.

¹ Zu den ungarisch-österreichischen Beziehungen von 1945 bis 1985 anhand gedruckter Quellen: *Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn: Sonderfall oder Modell?* Hgg. Zdenek Mlynar [u. a.]. Wien 1985; Lajos Gecsényi – István Vida: *Iratok az osztrák-magyar kapcsolatok történetéhez*. 1953. október 7. – 1956. január 21. In: *Századok* 134 (2000) 1195-1233.

bruar 1946, nach einem Besuch von Rudolf Seemann, Sektionschef im österreichischen Außenamt, traf der inoffizielle ständige Vertreter Österreichs, Legationsrat Manfred Falser, in Budapest ein. Im Mai konnte Legationsrat Dr. László Bartók mit dem offiziellen Auftrag der Auflösung des ungarischen Generalkonsulats auch sein Büro in Wien besetzen. 1947 wurde ein Zahlungs- und später ein Warenaustauschabkommen zwischen beiden Ländern unterzeichnet. Diese bildeten über fast 15 Jahre hinweg die Grundlage der bilateralen Handelsbeziehungen. Anfang 1947 durften beide Regierungen mit Zustimmung der Alliierten Kontrollkommissionen, kurz vor Unterzeichnung des Pariser Friedensvertrages, ihre Büros in Wien und Budapest zu *politischen Vertretungen* umfunktionieren. Ein Jahr später wurden die Außenvertretungen auf das Niveau einer Gesandtschaft angehoben, allerdings weiterhin nur unter der Leitung von Geschäftsträgern. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wiesen also mehrere Zeichen darauf hin, daß die Kontakte trotz internationaler Kontrolle und militärischer Besatzung in allen Bereichen schnell wiederhergestellt werden könnten. Nach der Machtergreifung der ungarischen Kommunisten im Jahre 1948 wurde die Situation jedoch viel schwieriger.

Die ungarischen Kommunisten waren von der überwiegend antikommunistischen österreichischen Presse besonders erbost, weil diese ihre diktatorischen Methoden bloßstellte und scharf kritisierte. Aber auch die demokratischen Parteien in Ungarn waren nicht davon begeistert, daß ein Teil der ungarischen Rechtsextremisten – Pfeilkreuzler und andere rechtsgerichtete Gruppen – auf österreichischem Staatsgebiet Zuflucht gefunden hatten. Ebenso wurde von ungarischer Seite zurückgewiesen, daß die österreichische Regierung 1946/1947 die burgenländische Propaganda für die Einverleibung von Ödenburg (*Sopron*) und anderer Gebiete West-Transdanubiens still duldete. Zudem begannen um 1948 die Aktivitäten der ungarischen Staatssicherheitsbehörden auf dem Gebiet Österreichs, unterstützt von der sowjetischen Spionageabwehr. Diese Unternehmungen hatten die Entführung und Liquidierung von Aktivisten des ungarischen Exils – zumeist Militärs – zum Ziel, die gegen den wachsenden Einfluß der Kommunisten in Ungarn einen Verband gründen wollten. Die Nachrichten über derartige Aktionen, die an die Öffentlichkeit gelangten, sowie der Putschversuch der österreichischen Kommunisten 1948 verstärkten die Angstgefühle der bürgerlichen Gesellschaft in Österreich.

Auch der beginnende Kalte Krieg, der sich auf jedes Segment des internationalen Lebens lähmend auswirkte, brachte eine bedeutende Veränderung mit sich. In Österreich blieb eine – teilweise gelenkte – Marktwirtschaft bestehen. In der bürgerlichen Gesellschaft ergaben sich keine strukturellen Veränderungen, das Land orientierte sich wirtschaftlich und politisch in westlicher Richtung. Die österreichische Regierung entschloß sich zur Teilnahme an der Pariser Friedenskonferenz, die bereits unter dem Eindruck des Marshall-Plans stattfand. Im Gegensatz zur Sowjet-

union und zu den volksdemokratischen, also kommunistisch regierten Ländern Osteuropas nahm Österreich an dieser amerikanischen Wirtschaftshilfe teil. 1948 wurde die Alpenrepublik in die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) aufgenommen, die den Wiederaufbau Europas im Rahmen des Marshallplans organisieren und verwalten sollte. Darüber hinaus wurde Österreich auch in die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) – die Weltbank – und den Internationalen Währungsfond (IWF) aufgenommen. 1951 schloß es sich dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) an und bekam noch im selben Jahr einen Beobachterstatus im Europarat.

Ungarn hingegen schlug eine andere Richtung ein. Ab Ende 1947 verstärkte es seine Westgrenze mit einer technischen Sperre aus Stacheldraht und Berührungsminen. Damit kam der Grenzverkehr vollständig zum Erliegen, und persönliche Kontakte über die Grenze hinweg wurden fast gänzlich unterbunden. Manche Bauern aus dem Burgenland konnten aufgrund dieser Maßnahmen teilweise ihre Felder im Bereich der ungarischen Grenzgemeinden nicht mehr bestellen. Auch die bewaffneten Grenzzwischenfälle nahmen zu, was 1951 in einen offenen Konflikt zwischen beiden Ländern zu münden drohte. Österreich wurde von Ungarn eindeutig als feindlicher Nachbar definiert, der Propaganda und Spionage gegen die *Volksdemokratie* betreibe.

Nach dem Tod Stalins 1953, der Bildung der Regierung unter Ministerpräsident Imre Nagy und der Bekanntgabe des *Neuen Kurses* geschah im bilateralen Verhältnis fast nichts. Das wichtigste Ergebnis war zunächst die Konstituierung und das erste Zusammentreten einer Ressortkommission, die über bilaterale Vermögensfragen beraten sollte. Diskutiert wurden vor allem die Rückgabe verschleppter Güter und die Entschädigung für verstaatlichtes österreichisches Eigentum beziehungsweise die Probleme der *Doppelbesitzer* im Grenzgebiet. Im darauffolgenden Jahr begannen Gespräche über die Schaffung eines Pflanzenschutz-Abkommens und über die Regulierung der Grenzflüsse. Diese Gespräche machten deutlich, daß es zwischen beiden Ländern eine Vielzahl ungelöster Alltagsprobleme gab.

Die Trägheit, Vorsicht und lange Dauer in der Normalisierung der ungarisch-österreichischen Beziehungen waren vor allem auf die untergeordnete Rolle Ungarns in den internationalen Beziehungen und seine fehlende selbständige Außenpolitik zurückzuführen. Auch nach Stalins Tod gingen die bedeutenderen internationalen Initiativen von Moskau aus, obwohl die neue sowjetische Führung eine Abkehr von der stalinistischen Außenpolitik anstrebte und die Spannungen zwischen Ost und West zu verringern versuchte. Trotzdem blieb der außenpolitische Spielraum ihrer osteuropäischen Satellitenstaaten weiterhin sehr eingeschränkt. Der Leiter der österreichischen Mission in Budapest schrieb in einer Meldung an Außenminister Leopold Figl: »In außenpolitischer Hinsicht hat der neue Kurs insofern keine Änderung bringen können, als es eine unga-

rische Außenpolitik nicht gibt, da die ungarische Regierung, deren Existenz ausschließlich vom Willen der Machthaber in der Sowjetunion abhängt, eine selbständige Politik nicht verfolgen kann.«²

Der mit dem Namen von Imre Nagy verbundene Kurs der *Korrektionspolitik* sah in der außenpolitischen Sphäre keine Veränderungen vor. Bezeichnenderweise betraf der bekannte Beschluß des Zentralkomitees der Partei der Ungarischen Werktätigen vom Juni 1953, der die Politik der starren Alt-Kommunisten (*Moskowiten*) vor allem im Bereich der Wirtschaftspolitik hart kritisierte, Fragen der Außenpolitik überhaupt nicht. Dieser Umstand war für das gesamte Regierungsprogramm charakteristisch. Auch in bezug auf die Neuregelung der Beziehungen zu Österreich mußte Ungarn die ersten Schritte der sowjetischen Diplomatie abwarten.

Ab Dezember 1954 tauchten in den Reden der ungarischen Politiker immer mehr Hinweise auf die Etablierung von *gutnachbarschaftlichen Beziehungen* zu Österreich auf. Der stellvertretende Ministerpräsident András Hegedűs machte in Moskau auf der Konferenz der sozialistischen Länder über Frieden und Sicherheit in Europa – wahrscheinlich nicht zufällig – kurze Andeutungen hierzu. Die Nachrichten vom April 1955, die aus Moskau hinsichtlich der österreichisch-sowjetischen Verhandlungen und der möglichen Unterzeichnung eines Staatsvertrages zu vernehmen waren, spornten auch die ungarische Parteiführung an. Diese Wende machte sich schnell bemerkbar, nachdem zahlreiche ungarische Politiker sich öffentlich für die Wiederherstellung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu Österreich ausgesprochen hatten. Mátyás Rákosi, Diktator und Erster Sekretär der Partei der Ungarischen Werktätigen, gab bekannt, daß Ungarn im Geiste des friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen gesellschaftlichen Systeme seine Beziehungen zu Österreich verbessern wolle. András Hegedűs begrüßte in seiner Antrittsrede als neuer Ministerpräsident die Moskauer Pläne. In ähnlicher Weise nahm auch Außenminister János Boldoczki in einer Parlamentsrede Stellung.

Bald darauf verabschiedete das Politbüro als oberstes Organ der Partei der Ungarischen Werktätigen einen Beschluß, nachdem es sich den Bericht von Mátyás Rákosi über die Unterzeichnung der Vereinbarung über den Staatsvertrag in der sowjetischen Hauptstadt angehört hatte. Dieser Beschluß beinhaltete die Ausarbeitung der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und *militärischen* Aufgaben Ungarns, die sich aus dem neuen Status Österreichs ergaben. Ende Juni 1955 wurde dem Politbüro ein Bericht des Außenministeriums vorgelegt, der in 22 Punkten alle Einzelheiten der Beziehungen zu Österreich untersuchte. Darin ging es hauptsächlich um die Frage der Ausreisegenehmigungen für ausreisewillige Bürger mit doppelter Staatsbürgerschaft, die Begnadigung der aus politischen Gründen

² Österreichisches Staatsarchiv, Wien. Archiv der Republik, Bundeskanzleramt, Äußere Angelegenheiten [im weiteren: ÖStA AdR BKA/AA]. Pol II. Ungarn, GZ 141.264/1953 (142.500).

verurteilten österreichischen Staatsbürger, die Fortsetzung der Verhandlungen über Vermögensfragen, die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen und den Beginn der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrs, der Landwirtschaft, der Sozialversicherungen, der Kultur und der Wissenschaften.

Im Vorfeld dieses Kurswechsels wurden auch die diplomatischen Beziehungen erneuert. Im März 1955 versetzte das österreichische Außenministerium den früheren Gesandten in Belgrad, Dr. Karl Braunias, nach Budapest, der mit einem ungeheuren Tempo die Arbeit aufnahm und sogleich Kontakt zu ungarischen Stellen knüpfte. Die ungarische Regierung sandte darauf Frigyes Puja, einen Apparatschik aus dem Zentralkomitee der Partei, in die österreichische Hauptstadt, um die Gesandtschaft in Wien zu erneuern.

Am 6. Juli 1955 – zwölf Tage vor dem Genfer Gipfel der Großmächte – empfing Mátyás Rákosi den österreichischen Gesandten Braunias auf dessen eigenen Wunsch hin. Es war das erste Mal, daß ein westlicher Diplomat und ein ungarischer kommunistischer Parteiführer auf dieser Ebene zusammentrafen. Bei den Verhandlungen, die in guter Atmosphäre abliefen, sprach Braunias alle wichtigen Probleme bezüglich der beiderseitigen Beziehungen an, wie die Lösung der Probleme der *Doppelstaatsbürger*, vermögensrechtliche Aspekte und vor allem die Normalisierung der Lage an der ungarisch-österreichischen Grenze. Außerdem drängte er darauf, daß von ungarischer Seite die Vorschriften für die Vergabe von Visa gemildert würden, weil sich sonst die Beziehungen in Wirtschaft, Kultur und Sport in keiner Weise entwickeln könnten. Schließlich sprach er sich für die Öffnung weiterer Grenzübergänge aus.

Rákosi – gestützt durch den Beschluß des Politbüros – erklärte daraufhin, daß aus ungarischer Sicht nach der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages und der Verkündung der Neutralität Österreichs zahlreiche Möglichkeiten zur Neugestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bestünden. Bezeichnend für die Stimmung der Gespräche war, daß Rákosi erwähnte, er würde gerne nach Wien reisen, wo er in seiner Jugendzeit oft verkehrt habe.³

Die ungarischen Kommunisten betrieben diese schnelle Verbesserung der Beziehungen nicht ohne Hintergedanken – wie Anfang Juli dem Politbüro unterbreiteter Vorschlag zeigte. Durch den Staatsvertrag war eine neue Situation entstanden, und die ungarischen Kommunisten befürchteten sowohl eine Zunahme der Fluchtbewegungen nach Österreich als auch eine Intensivierung westlicher Spionagetätigkeit. Daraufhin faßte das Politbüro den Beschluß, die Grenztruppen an der 354 Kilometer langen ungarisch-österreichischen Grenze um 1.000 Mann zu verstärken und zusätzlich

³ ÖStA AdR BKA/AA, Pol. II. Ungarn, GZ 320.715/1955 (323.612).

neue Grenzposten einzurichten. Diese Maßnahmen beeinträchtigten den Normalisierungsprozeß jedoch nicht.

Die österreichischen Politiker, die ihre Aufmerksamkeit in diesen Monaten fast ausschließlich dem Staatsvertrag gewidmet hatten, reagierten bis zum Frühjahr 1955 sehr zurückhaltend auf ungarische Initiativen. Ein Beispiel dafür lieferte Bruno Kreisky, zu jener Zeit bereits Staatssekretär im Außenministerium. Er schrieb in seinen Memoiren: »Bis zum ungarischen Aufstand – ich war damals Staatssekretär – hatte ich der Entwicklung und den Verhältnissen in Ungarn wenig Aufmerksamkeit geschenkt.«⁴

Obwohl für Österreich von den Ländern des sowjetischen Blocks die Tschechoslowakei aus wirtschaftlichen und politischen Gründen wichtiger war als Ungarn, drängte die österreichische Diplomatie unter dem Einfluß der ersten ungarischen Bemühungen zur Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen auf praktische Schritte zur Lösung der Probleme in den Beziehungen der beiden Staaten. Sie verstärkte ihre Verhandlungsbereitschaft in der Regierungserklärung der zweiten Raab-Regierung erneut, obwohl sie als Grundvoraussetzung die Einigung in vermögensrechtlichen Fragen angegeben hatte. Auch die Möglichkeit der Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen und der Verbesserung der kulturellen Zusammenarbeit wurde aufgeworfen. Als Antwort schickte die ungarische Regierungsspitze anläßlich des Inkrafttretens des Staatsvertrages ihren österreichischen Amtskollegen ein Grußtelegramm, in dem Regierungschef András Hegedűs wiederholte: »Es ist ein aufrichtiger Wunsch des ungarischen Volkes, daß sich die gute nachbarschaftliche Beziehung mit dem Volk des Nachbarlandes Österreich weiterentwickelt und es zur Festigung des europäischen Friedens und der europäischen Sicherheit beiträgt.«⁵

Im Herbst 1955 entwickelten sich die Lösungsansätze bei Problemen in den Beziehungen der beiden Länder tatsächlich positiv. Die ungarischen Behörden milderten nach und nach die strengen Vorschriften für Ein- und Ausreisegenehmigungen. Am 16. Oktober 1955 reisten zum 100. ungarisch-österreichischen Fußball-Länderspiel 4.000 österreichische Zuschauer aus Wien nach Budapest – mehr Österreicher, als in den vorangegangenen fünf Jahren insgesamt in Ungarn gewesen waren. Die österreichische Seite schätzte besonders die Verbesserungen und Erleichterungen im Bereich der persönlichen Kontakte. Außenminister Figl stellte in einem Interview fest, das er Mitte September einem westdeutschen Blatt gegeben hatte, daß sich seit Unterzeichnung des Staatsvertrages die Beziehungen Österreichs zu den einzelnen Nachbarländern – vor allem zur Tschechoslowakei und zu Ungarn – bedeutend verbessert hätten.⁶ Auch an der Grenze hatte sich die Situation beruhigt, es kam nicht mehr zu Schußwechseln wie früher.

⁴ Bruno Kreisky: *Im Strom der Politik. Erfahrungen eines Europäers*. Berlin 1988, 226.

⁵ Abdruck in: *Szabad nép* 29. Juli 1955, 3.

⁶ Zitiert in: *Szabad nép* 20. September 1955, 3.

Die Minensperre jedoch beunruhigte auch weiterhin nicht nur die österreichischen Behörden, sondern vor allem die Bevölkerung entlang der Grenze.

Im September 1955 besuchten hochrangige ungarische Politiker, so der stellvertretende Ministerpräsident und Politbüromitglied József Mekis und der Innenhandelsminister József Bognár, im Rahmen einer inoffiziellen Reise die Wiener Herbstmesse. Dort wurden sie vom Handelsminister Udo Illing empfangen.

In Budapest fand die Rede von Bundeskanzler Julius Raab im österreichischen Parlament, die er bei der Vorlage des Neutralitätsgesetzes hielt und in der er sich anerkennend über die Entwicklung der ungarisch-österreichischen und tschechoslowakisch-österreichischen Beziehungen äußerte, einen positiven Widerhall. Raab stellte unter anderem fest: »Mit Befriedigung haben wir Österreicher auch zur Kenntnis genommen, daß unsere Beziehungen zur Tschechoslowakei und zu Ungarn sich weiter bessern. Genau so wie diese beiden Staaten sind auch wir an einer Intensivierung unserer wirtschaftlichen Beziehungen interessiert. Wir wollen weiters auch die menschlichen Beziehungen pflegen, leben doch, zurückgehend auf die einstige staatliche Zusammengehörigkeit, hüben und drüben der Grenze zahlreiche Verwandte, die wieder miteinander in Kontakt treten wollen. Mit diesen beiden Staaten wird in nächster Zukunft über die Frage des österreichischen Eigentums zu verhandeln sein, wobei wir auf Verständnis für unser Recht hoffen. Ich begrüße unsere beiden Nachbarstaaten im Norden und Osten und versichere sie der Bereitschaft Österreichs zu verständnisvoller nachbarlicher Zusammenarbeit.«⁷ Ministerpräsident András Hegedűs reagierte in seiner Parlamentsrede vom November mit Zufriedenheit auf Raabs Aussagen.

In Wien wurde es günstig aufgenommen, daß Ungarn verhältnismäßig schnell auf das gesetzliche Inkrafttreten der immerwährenden Neutralität Österreichs reagierte und am 24. November 1955, noch vor der Sowjetunion, als fünftes Land den neuen internationalen Status Österreichs anerkannte. Diese Ereignisse bildeten eine grundsätzliche Zäsur. Von diesem Zeitpunkt an war, abgesehen von alltagspolitischen Problemen, der Wille zur Normalisierung der bilateralen Kontakte eindeutig erkennbar.⁸ Bis Ende 1955 konnten laut zusammenfassendem Bericht des Gesandten Braunias hinsichtlich der beidseitigen Beziehungen erhebliche Fortschritte

⁷ Veröffentlicht von Eva-Marie Csáky: *Der Weg zu Freiheit und Neutralität. Dokumentation zur österreichischen Außenpolitik 1945-1955*. Wien 1980, 442.

⁸ Zur Ostpolitik Österreichs im Überblick Oliver Rathkolb: *Austria's »Ostpolitik« in the 1950s and 1960s: Honest Broker or Double Agent?* In: *Austrian History Yearbook* 26 (1995) 129-145. Zu den Grundtendenzen der bilateralen Beziehungen 1955-2001 László J. Kiss: *Österreich und Ungarn: Außenrand der gespaltenen Mitte. Die strukturbildenden Merkmale der bilateralen Beziehungen*. In: *Die Ungarnkrise 1956 und Österreich*. Hg. Erwin A. Schmidl. Wien [u. a.] 2003, 283-306.

erzielt werden. Von 44 umstrittenen Themenkomplexen konnte man sich in 26 einigen.⁹

1956 wurden nach dem XX. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auch die ungarisch-österreichischen Beziehungen in der sich abzeichnenden internationalen Entspannung immer intensiver und vielfältiger. Es wurden zahlreiche wichtige Einzelabkommen unterzeichnet und die im Herbst 1953 abgebrochenen Verhandlungen über die vermögensrechtlichen Fragen fortgesetzt. Dem Leiter der ungarischen Delegation wurden Endre Sík, erster Stellvertreter des Außenministers, sowie János Szita, stellvertretender Finanzminister, zur Seite gestellt. An der Spitze der österreichischen Delegation stand Botschafter Josef Schöner, Generalsekretär des österreichischen Außenministeriums. Außenminister Figl empfing Endre Sík und die Mitglieder der ungarischen Delegation. Zur Lösung der einzelnen Fragen wurden mit Fachleuten besetzte Subkomitees einberufen.

Es war kein geringer Fortschritt, daß die ungarische Regierung auf Grund der Stellungnahme des Politbüros vom 9. März 1956 – aber auch infolge der anhaltenden Forderungen der österreichischen Regierung und sogar der österreichischen Kommunisten – beschloß, die sogenannten technischen Sperren aus Stacheldraht und Minen an der Grenze zu räumen.¹⁰ Allem Anschein nach waren dieser Entscheidung keine Konsultationen mit den kommunistischen Parteien der Nachbarländer vorausgegangen, was die Mißbilligung von deren Parteiführer hervorrief. Der damalige Ministerpräsident Hegedűs schrieb in seinen Memoiren, daß er für diesen Entschluß vom tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Viliam Siroky im nachhinein massiv angegriffen worden war.¹¹

Das Kollegium des ungarischen Außenministeriums verhandelte im Juli 1956 einen Bericht über die ungarisch-österreichischen Beziehungen, der nicht nur die im Vorjahr erzielten Ergebnisse positiv bewertete, sondern auch die weiteren Aufgaben für alle Teilressorts der zwischenstaatlichen Beziehungen festlegte. Mehr noch: Der Bericht bezog positiv Stellung zu einer Kontaktaufnahme mit der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ).¹²

Zur Realisierung dieser Pläne reichten jedoch die Kräfte des Budapest Regimes nicht mehr aus, weil es rapide an Ansehen verlor und die innere

⁹ ÖStA AdR Bundesministerium für Äußere Angelegenheiten [im weiteren: BMfAA]. Pol. II. Ungarn, GZ 511.049/1956 (511.368).

¹⁰ Das Politbüro der Partei der Ungarischen Werktätigen beschloß am 24. Mai 1956 die Verstärkung des Grenzschutzes durch Anwendung verdeckter technischer Mittel, nachdem die Minensperre abgeschafft worden war. Beschlossen wurde auch eine effektivere Aufklärung, eine intensivere Sicherung im Landesinneren sowie eine Erhöhung der Wachsamkeit des Personals. Magyar Országos Levéltár, Budapest [im weiteren: MOL]. M-KS 276. f. 53/288. öe. Protokolle des Politbüros der Partei der Ungarischen Werktätigen, 62-78.

¹¹ András Hegedűs: A történelem és a hatalom igézetében. Budapest 1988, 258.

¹² Publiziert in: *Társadalmi szemle* 50 (1995) 10, 82-90.

Krise immer größer wurde. So konnten vor dem 23. Oktober 1956 keine gegenseitigen Besuche der Regierungen und parlamentarischen Delegationen stattfinden. Auch die Unterzeichnung weiterer Abkommen, für die auf beiden Seiten Bereitschaft – wenn auch in unterschiedlichem Maße – bestand und für die auch Vorbereitungen getroffen worden waren, mußte zunächst unterbleiben.

Infolge der sich günstig entwickelnden Beziehungen und im Lichte der Bedenken hinsichtlich der frisch errungenen österreichischen Souveränität ist verständlich, daß es die österreichische Regierung auf dem Höhepunkt des ungarischen Aufstandes 1956, also am 28. Oktober, es als ihre moralische Pflicht ansah, einen Aufruf an die sowjetische Regierung zu richten, in dem sie zur Einstellung der Kämpfe in Ungarn aufrief. Von den Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung und den Parteipolitikern sprachen mehrere Amtsträger – vor allem der sozialdemokratische Innenminister Oskar Helmer und Unterrichtsminister Heinrich Drimmel (Österreichische Volkspartei, ÖVP) – den ungarischen Revolutionären von Beginn entschieden ihre Sympathie aus. In den folgenden Wochen war Österreich in der UNO einer der Initiatoren der Resolutionsentwürfe zur Lage in Ungarn. Auch später unterstützte Österreich bis zuletzt die Anfragen zur Lage in Ungarn und die westlichen Stellungnahmen bezüglich der Anerkennung des Mandats der ungarischen UNO-Delegation. Die österreichische Bevölkerung verfolgte ebenfalls mit großer Sympathie die Revolution und zeigte von Anfang an große Hilfsbereitschaft. Das österreichische Rote Kreuz, offizielle Organe und Privatpersonen sandten zahlreiche Hilfsgüter, vor allem Medikamente und Lebensmittel, nach Ungarn, und die Gesandtschaft in Budapest mit dem Gesandten Dr. Walter Peinsipp an der Spitze wirkte bei deren Verteilung zielstrebig mit.¹³

Diese Hilfsaktionen gaben möglicherweise dem Kreml den politischen Ansporn zur propagandistischen Idee, für den Ausbruch und das schnelle Voranschreiten der revolutionären Ereignisse in Ungarn die rechtsradikalen, bürgerlichen und militärischen ungarischen Exilanten verantwortlich zu machen. Diese seien angeblich von der Bundesrepublik Deutschland über Österreich nach Ungarn gereist. Sie beschuldigten auch die österreichische Gesandtschaft in Budapest wegen einer angeblichen Verteilung von Waffen, die aus dem Westen eingeschmuggelt worden seien. Nach der Logik der sowjetischen Politiker wurde dies auch durch den österreichischen Standpunkt untermauert, wonach sich Österreichs Neutralität ausschließlich auf militärische Bündnisse und bewaffnete Konflikte beziehe,

¹³ Über die Rolle Österreichs während der ungarischen Revolution Manfred *Rauchensteiner*: Spätherbst 1956. Die Neutralität auf dem Prüfstand. Wien 1981; *Ders.*: Die Zwei. Die große Koalition in Österreich 1945-1966. Wien 1987; *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*. Hgg. Winfried Heinemann, Norbert Wiggershaus. München 1999; *Die Ungarnkrise 1956 und Österreich*. Edition der wichtigsten ungarischen diplomatischen Schriften: *Iratok Magyarorszáig és Ausztria kapcsolatainak történetéhez 1956-1964*. Hg. Lajos Gecsényi. Budapest 2000.

sie also keine politische und *ideologische* Neutralität bedeute. Das Ziel war anscheinend ein Doppeltes: einerseits sollten die westlichen Mächte und das vermeintlich rechtsradikale ungarische Exil zu den Urhebern der Revolution erklärt, andererseits sollte ein indirekter politischer Druck auf Österreich ausgeübt werden, einen zwar neutralen, aber eindeutig westlich orientierten Staat, der sich den europäischen Integrationsprozessen anschließen wollte.

Die ersten Anschuldigungen gegenüber Österreich wurden in Moskau, wie Botschafter Norbert Bischoff berichtete, offiziell bereits am 28. Oktober 1956 formuliert. In deren Verbreitung schalteten sich binnen weniger Tage auch die Massenmedien der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, der DDR, Jugoslawiens und – wenig überraschend – auch die kommunistische österreichische Presse ein. Nach der Niederschlagung der Revolution übernahm die neu eingesetzte ungarische Regierung unter János Kádár bald selbst die Propaganda und verbreitete diese zum einen über den Rundfunksender Kossuth. Zum anderen protestierte sie gegen die Haltung Wiens offiziell im österreichischen Auswärtigen Amt.

Die Verleumdungskampagne gegen Österreich intensivierte sich im November und Dezember und gelangte durch Vermittlung der Sowjetunion in die Generalversammlung der UNO. Ein Beweggrund für diese Kampagne war wohl auch der gewaltige Strom ungarischer Flüchtlinge in Richtung Westen, der einen nicht unwesentlichen Aderlaß für die ungarische Gesellschaft bedeutete. Ein weiteres Motiv war wohl auch die beispiellos große österreichische Hilfe für die ungarischen Flüchtlinge, die dem Ansehen des neuen Regimes in Ungarn enorm schadete. Auch die einheitliche und entschiedene Stellungnahme der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse Österreichs gegen die blutige Niederschlagung der Revolution spielte eine entscheidende Rolle. Gewiß war auch die zunehmende Beteiligung der Vereinigten Staaten von Amerika an der Lösung des Problems ein Grund, denn die sowjetische Seite mißbilligte natürlich den wachsenden amerikanischen Einfluß in Österreich. Dieser wurde am Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Richard Nixon vom 19. bis 21. Dezember in Österreich und an der ungarisch-österreichischen Grenze deutlich.

In diesem Zusammenhang ist es nachvollziehbar, daß die von der Sowjetunion installierte Kádár-Regierung bereits am 8. Januar 1957 einen Beschluß über die Verstärkung der Bewachung der westlichen Staatsgrenze faßte. Anschließend gab Partei- und Regierungschef Kádár am 24. Januar vor dem Ministerrat bekannt, daß zur Verhinderung der illegalen Grenzübertritte und des »Einsickerns feindlicher Spione« die Grenzwa- che an der westlichen und südlichen Grenze wieder technische Sperren aufstellen

würden.¹⁴ Dies bedeutete die Wiederherstellung der erst im Mai 1956 abgebauten Minensperre entlang der Grenze. Diese Verfügung wurde vorab nur der jugoslawischen Botschaft mitgeteilt.¹⁵

In Verbindung mit der Flüchtlingsfrage veröffentlichte die ungarische UNO-Delegation am 15. Januar 1957 ein Memorandum, in dem sie Österreich vorwarf, die Heimkehr der Flüchtlinge bewußt verhindert zu haben. Weitere Spannungen entstanden auch durch die Rundfunkansprache des österreichischen Bundeskanzlers vom 20. Januar, die für Ungarn die Idee der Neutralität in Umlauf brachte, mit dem Vorschlag, diese im Rahmen einer Konferenz der Großmächte über die Reduzierung der Streitkräfte und Bewaffnung zu behandeln. Dieser Vorschlag wurde von der sowjetischen Presse als Eingriff in die inneren Angelegenheiten Ungarns scharf kritisiert. Der Apparat der Kádár-Regierung ordnete ihn für lange Zeit in die Liste der Anschuldigungen gegen Österreich ein.¹⁶

In dieser angespannten Situation kam der Tatsache eine größere Bedeutung zu, daß auf der Sitzung des österreichischen Ministerrats vom 5. Februar Innenminister Helmer im Anschluß an seinen Bericht den Vorschlag von Unterrichtsminister Drimmel billigte, die mit Ungarn geplanten Kulturveranstaltungen abzusagen. Er äußerte sich auch dahingehend, daß die weiteren Sportbeziehungen mit sämtlichen Ländern des Ostblocks fallweise beurteilt werden sollten. Diese Schritte Wiens, die wohl als einstweilige Einschränkungen gedacht waren, führten zwei Wochen später zu einem noch schärferen Zusammenstoß zwischen beiden Regierungen, als es während des Kalten Krieges bis dahin der Fall gewesen war. Es besteht kaum Zweifel darüber, daß für die Entstehung dieses Konflikts eine Warnung der sowjetischen Führung an Österreich in einem Zeitungsartikel in der Moskauer ‚Prawda‘ (*Wahrheit*) vom 9. Februar eine Rolle spielte. Der besagte Artikel zählte als offene Kritik an der Außenpolitik Österreichs dessen Sympathie für die ungarische Revolution, die Rede Raabs, die Annäherung an die europäischen Organisationen und die kurz zuvor erfolgte Ausweisung des Internationalen Verbandes der Gewerkschaften sowie der Büros des sowjetisch gesteuerten Friedens-Weltrates aus Wien in einer kausalen Reihe auf. Das Blatt warnte die österreichische Regierung, daß ihre außenpolitische Richtung nicht den Interessen des selbständigen und neutralen Landes entsprächen.¹⁷

Der Konflikt eskalierte am 25. Februar mit der vollständigen Polizeiblockade der österreichischen Gesandtschaft in Budapest. Die Situation,

¹⁴ MOL, XIX-83-a-20. Protokolle des Ministerrates, Vorlage von Ferenc Münnich, Januar 1957.

¹⁵ MOL, XIX-83-a-14, Me/3/1957. Protokolle des Ministerrates, 24. Januar 1957.

¹⁶ Zu den amerikanischen und sowjetischen Interpretationen der Rede Raabs Oliver *Rathkolb*: Washington ruft Wien. US-Großmachtspolitik und Österreich 1953-1963. Wien [u. a.] 1997, 84-85.

¹⁷ ÖStA AdR BKA/AA, Pol. II. Ungarn, 2. GZ 216.698-Pol/1957.

die sich infolge dieser in der diplomatischen Praxis beispiellosen Vorgehensweise entwickelt hatte, drohte mit einer langfristigen Entfremdung zwischen Österreich und Ungarn zu enden. Als Budapest jedoch das entschlossene Auftreten der österreichischen Regierung erkannte, blies es zum Rückzug und setzte mit sofortiger Wirkung die Verfügungen gegen die Gesandtschaft außer Kraft. In der gegebenen Situation bedeutete dies zumindest eine vorübergehende Entspannung der Lage.

Mitte März 1957 beschloß die interimistische Leitung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, den ehemaligen Sozialdemokraten György Marosán, einen besonders radikalen Vertreter der Parteiführung, als ungarischen Delegierten zum 17. Kongreß der Österreichischen Kommunistischen Partei nach Wien zu entsenden. Aus seiner speziellen Aufgabe, vor den Vertretern der österreichischen *Bruderpartei* den Standpunkt der ungarischen Führung bezüglich der Revolution und der Zeit danach darzustellen, wurde übrigens kein Hehl gemacht. Marosán wurde allerdings das Einreisevisum verwehrt. Als Antwort wurden in einer in Moskau veröffentlichten gemeinsamen sowjetisch-ungarischen Regierungserklärung die früheren Vorwürfe bezüglich Österreichs Rolle zur Zeit der ungarischen Revolution wiederholt.¹⁸

Obwohl die österreichische Presse bereits Anfang März über den Bau der Minensperre berichtet hatte, erfuhr die Öffentlichkeit in Ungarn erst Ende März aus einer Rede von György Marosán über die *Verstärkung* der Grenze. Obwohl am neuen *Eisernen Vorhang* schon seit einigen Monaten verstärkt gebaut wurde, gelangte das Thema auch in Österreich erst Ende Mai, Anfang Juni ins öffentliche Bewußtsein. Besorgniserregend war, daß die aus Antipersonenminen und Stacheldraht bestehende Grenzsperre an mehreren Stellen sehr nahe an, zum Teil sogar auf österreichischem Staatsgebiet errichtet wurde. Damit beeinträchtigte die Grenzsperre die Arbeit österreichischer Grundbesitzer in Grenznähe und war lebensgefährlich für neugierige Touristen oder Tiere, die sich dorthin verliehen. Trotz der schweren Belastungen, denen das Verhältnis zwischen beiden Staaten wegen der Grenzsperre jahrelang ausgesetzt war, kam es nicht mehr zu einer derartigen Krisensituation wie in den Monaten Februar und März 1957. Im Gegenteil: Nach dem Besuch des sowjetischen Vize-Premiers Anastas Mikojan in Wien Mitte April begann eine langsame Umorientierung hin zur Suche nach neuen Entwicklungsmöglichkeiten. Zur Annäherung trug zweifelsohne auch die Tatsache bei, daß die österreichische Regierung die technische Sperre als eine interne Angelegenheit Ungarns akzeptierte.

Selbst Sergej Lapin, sowjetischer Botschafter in Wien, der ständigen Kontakt zum ungarischen Gesandten Puja hatte, mahnte zur Zurückhaltung. Er machte der ungarischen Diplomatie Mut, daß mit Hilfe der ÖVP

¹⁸ *Népszabadság* 30. März 1957, 2.

um Bundeskanzler Raab eine Verbesserung des Verhältnisses durchaus zu erreichen sei. Dies wäre selbst bei einer Ablehnung durch den kleineren sozialdemokratischen Koalitionspartner möglich. Bestätigt und bekräftigt wurde diese Annahme auch durch die inoffiziellen Gespräche von Puja mit Franz Grubhofer (ÖVP), dem Staatssekretär für Innere Angelegenheiten. Obwohl die Unterredungen erst Mitte März 1957 begonnen hatten, gab Bundeskanzler Raab bereits im April seine Bereitschaft zu erkennen, den ungarischen Gesandten zu empfangen. Das kurze Treffen am 25. Juli erbrachte aber keine handgreiflichen Ergebnisse. In der Frage der technischen Grenzsperrung vermochte Puja – trotz entsprechender Erwartung Bundeskanzler Raabs – der österreichischen Seite keine neuen Angebote zu unterbreiten. Er ließ jedoch die Möglichkeit weiterer Verhandlungen offen. Es fragt sich, ob die ungarische Regierung angesichts des engen Spielraumes, den ihr die sowjetische Außenpolitik ließ, überhaupt etwas Nennenswertes für die Normalisierung der Beziehungen hätte tun können.

Im Oktober 1957 machte die österreichische Regierung eine unerwartete und großzügige Geste gegenüber Budapest, als sie – auf eine ungarische Verbalnote hin – das Blatt der rechtsradikalen Exil-Magyaren ‚Út és Cél‘ (*Weg und Ziel*) verbot und dessen Redakteur des Landes verwies. Am 31. Oktober wurde ein Abkommen unterzeichnet, das die Rentenversorgung der ehemaligen ungarischen Angestellten der Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft regelte. Die Atmosphäre schien also geeignet, ein Treffen des Außenministers Imre Horváth mit Außenminister Figl in Wien zu organisieren. Auf dem Heimweg von der UNO-Generalversammlung in New York verbrachte Horváth einen Tag in Wien, wo er von seinem österreichischen Kollegen empfangen wurde. Bei diesem Treffen einigte man sich darauf, über die Klärung der wichtigsten ungelösten Fragen Verhandlungen auf diplomatischer Ebene zu führen. Figl und seine Mitarbeiter hatten dabei an erster Stelle das Problem der Minensperre vor Augen. Kurz darauf stellte sich aber heraus, daß die jeweiligen Interessen und Ziele weit auseinander lagen. Die ungarische Seite war an einem raschen Fortgang der Verhandlungen in allen Bereichen interessiert und suchte nach Möglichkeiten, von der österreichischen Regierung politische Vergünstigungen zu erpressen. Dahinter verbarg sich anscheinend die Taktik, im Vorfeld des geplanten Besuches des österreichischen Bundeskanzlers in Moskau im Frühjahr 1958 auf die österreichischen Politiker Druck auszuüben. Die österreichische Diplomatie machte demgegenüber klar, daß sie zwar zu Verhandlungen bereit sei, jedoch keinem Druck nachgeben werde.¹⁹

¹⁹ Trotz der teilweisen Einigung der Außenminister wurde der vierte Band des *Weißbuches* „Über die konterrevolutionären Ereignisse in Ungarn“ durch das Presseamt der ungarischen Regierung im November 1957 veröffentlicht. In ihm wurde Österreich erneut die Nichteinhaltung der Neutralität während der ungarischen Revolution vorgeworfen. Die Aufregung

Im großen und ganzen wollte die behutsame, der westlichen Welt verpflichtete österreichische Außenpolitik trotz ihrer Zurückhaltung selbst die bilateralen Beziehungen schrittweise verbessern. Dieser Absicht ist es zuzuschreiben, daß sie im Mai 1958, als sich in Wien ein neuerlicher Spionageskandal mit anschließenden diplomatischen Irritationen und Ausweisungen ereignete, von diesem Weg nicht abwich. Tatsache ist, daß die internationale Empörung, die einen Monat später wegen der Hinrichtung Imre Nagys und seiner Gefährten ausbrach, und die erneut zunehmenden bewaffneten Grenzzwischenfälle die geplanten Verhandlungen von österreichischer Seite her zwar verzögerten, sie aber nicht endgültig verhinderten.

Die ungarischen Vorstellungen erlitten jedoch ein doppeltes Fiasko. Sie stießen nicht nur auf österreichischen Widerstand. Es stellte sich zudem heraus, daß die sowjetische Politik im gegebenen Moment den ungarisch-österreichischen Beziehungen keine besondere Priorität einräumte. Gesandter Puja gestand in einer Monate später datierten Meldung ein, »daß wir einen Fehler gemacht haben. [...] Der Sinn des Problems lag darin, daß wir uns zu sehr auf die Moskauer Unterredungen [den Besuch von Raab, L. G.] gestützt haben. Wir haben gedacht, daß bei den Moskauer Unterredungen die Frage der ungarisch-österreichischen Beziehungen als zentrale Frage erscheinen wird. Wir haben zu wenig beachtet, daß die Sowjetunion nicht lediglich die Interessen Ungarns in Betracht ziehen kann, sondern daß sie eine Weltpolitik verfolgt.«²⁰

Aus den Geschehnissen leitete die ungarische Politik ihre Konsequenzen ab. Diese wurden in einem Bericht festgehalten, der im August 1958 dem Kollegium des Außenministeriums vorgelegt wurde: »Die Verhandlungen können lange Zeit – eventuell sogar mehrere Jahre lang – andauern, sie können sogar mit jedweder Änderung der internationalen Situation abbrechen, und deshalb müssen wir auch dafür entsprechende Pläne ausarbeiten, wie wir die weiteren Beziehungen der beiden Länder – auch unabhängig von den Verhandlungen – verbessern könnten. Der Beginn der Verhandlungen würde zweifelsohne zur Verbesserung der allgemeinen Atmosphäre und der Lösung der einzelnen umstrittenen Fragen beitragen (mit Ausnahme des Falles, wenn sich die Österreicher mit provokativen Fragen oder eventuell mit inakzeptablen Bedingungen von vornherein um die Verschlechterung der Atmosphäre bemühten). Wir müssen uns jedoch im klaren darüber sein, daß ein Großteil der ungelösten Fragen auch unabhängig von den Verhandlungen lösbar ist, und darum müssen wir uns auch bemühen. Deshalb müssen wir – das richtige Maß beibehal-

um diese Veröffentlichung hatte sich kaum gelegt, als Gesandter Peinsipp und seine Mitarbeiter erneut von der ungarischen Geheimpolizei belästigt wurden. ÖStA AdR BKA/AA, Ungarn, 2. GZ 217.022-Pol/1957.

²⁰ MOL, XIX-J-1-j, Österreich, 4/b, Külügyminisztérium, 002950/6/1958, Kt. 6. Bericht des Gesandten Frigyes Puja.

tend – auch weiterhin die Initiative ergreifen und uns auch der eventuellen positiven österreichischen Initiativen annehmen.«²¹ Im Entwurf des Beschlusses wurde ferner die Wichtigkeit der Kontaktaufnahme mit den sozialdemokratischen Politikern Bruno Kreisky und Bruno Pittermann hervorgehoben, im entgültigen Beschluß fehlte jedoch dieser Passus. Offensichtlich hatten Kádárs Außenpolitiker eingesehen, daß die Hoffnungen gescheitert waren, die sie auf den direkten sowjetischen Druck auf Österreich gesetzt hatten. Auch scheint es, daß die Außenpolitik Kádárs die westlichen Verpflichtungen und die Westausrichtung Österreichs sowie die Handhabung der Situation in Ungarn in Abhängigkeit von den allgemeinen internationalen Verhältnissen zur Kenntnis genommen hat.

Mitte Oktober 1958 kam es in Wien zu einem Treffen zwischen Endre Sík und Leopold Figl, bei dem die Absicht zur stufenweisen Problemlösung bestärkt wurde. Beachtenswert war, daß der Bericht Endre Síks die positive Stellungnahme des anwesenden Staatssekretärs Bruno Kreisky unterstrich, in welcher der ungarische Minister die Veränderung der starren Haltung der SPÖ gegenüber dem Kádár-Regime zu erkennen glaubte. Dies entsprach zweifelsohne jener Veränderung, die Kreisky im August 1958 beim internationalen Diplomatenseminar in Kleßheim zu erkennen gab, als er über das friedliche Zusammenleben von Ost und West sprach: »[...] daß es also die Aufgabe der Außenpolitik der nächsten fünf bis zehn Jahre sein wird, die Bedingungen eines solchen Nebeneinanderlebens zu finden und zu entwickeln, kurz das, was man mit einem Modewort die Koexistenz nenne [...]«²²

In den politischen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen traten 1958 schließlich keine wesentlichen Veränderungen ein. Währenddessen gab es in den Alltagskontakten von österreichischer – insbesondere von burgenländischer – Seite her erste Zeichen einer nicht staatlich geplanten Milderung. So begab sich eine hochrangige Delegation der Handelskammer des Burgenlandes zu Verhandlungen in Budapest. Im Sommer führten leitende Archivare dieses Bundeslandes im Auftrag der Landesregierung Forschungen im Budapester Ungarischen Staatsarchiv durch. Zu den für 1959 geplanten Haydn-Feierlichkeiten wurde von der Landesregierung ein Orchester aus Ödenburg eingeladen.

1959 wurden – ganz im Sinne der Veränderungen, die in der internationalen Beurteilung Ungarns zu erkennen waren²³ – schnelle und bedeutende Schritte zur Normalisierung der Lage unternommen. So ratifizierte das österreichische Parlament das 1956 unterzeichnete Abkommen über

²¹ *Iratok Magyarország és Ausztria kapcsolatainak történetéhez 1956-1964* Nr. 35, 123-124.

²² Zitiert nach Erich Bielka: Österreich und seine volksdemokratischen Nachbarn. In: *Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik*. Hgg. E. Bielka [u. a.]. Wien [u. a.] 1983, 203.

²³ Vgl. Mihály Ruff: A magyar-NSZK kapcsolatok (1960-1963). Útkeresés a doktrínák útvesztőjében. In: *Múltunk* 44 (1999) 3, 6.

Fragen des Gewässerschutzes. Ein Abkommen über den Fernlastverkehr und eines über den Flugverkehr konnten ebenfalls unterzeichnet werden. Mit am wichtigsten war wohl die Unterzeichnung des zunächst auf drei Jahre angelegten Warentauschabkommens im Oktober 1959, dem ein hoher Stellenwert zukam, weil es auch Bestimmungen über die gewerbliche Zusammenarbeit in einem Drittland enthielt. Bedeutend war auch die Wiederaufnahme der 1956 unterbrochenen Gespräche über das Vermögensrecht auf der Ebene von Subkomitees. Die diplomatischen Verhandlungen über das Schicksal von Minderjährigen, die in den Revolutionswirren von 1956 ohne ihre Eltern nach Österreich gelangt waren, blieben ergebnislos. Auf der Expertenebene begannen jedoch Unterredungen über Rechtshilfe-, Sozial-, Pflanzenschutz- und veterinärmedizinische Abkommen.

Im Frühjahr 1959 reiste eine Regierungsdelegation unter der Leitung des burgenländischen Landeshauptmanns Johann Wagner auf Initiative von Unternehmergruppen, die an der Entwicklung der Handelsbeziehungen interessiert waren, zur Internationalen Messe nach Budapest. Auch der ehemalige Außenminister Gruber war Mitglied dieser Delegation. Ungarns stellvertretender Außenhandelsminister Jenő Baczoni fuhr seinerseits nach Wien zur Eröffnung der dortigen Internationalen Messe. Darüber hinaus fanden sich ungarische Gewerkschafts-, Sozialversicherungs- und Genossenschaftsdelegationen sowie Vertreter des Nahrungsmittelsektors in Österreich ein. Die von hoher Stelle ausgesprochenen Einladungen an Bundeskanzler Raab und den neu ernannten Außenminister Kreisky spiegelten jedoch wohl kaum mehr als eitle Hoffnungen der ungarischen Politiker wider. Die wirksamsten Veränderungen sah man in der neuen Regelmäßigkeit von Treffen im Sportbereich, in der Anregung von wechselseitigen Journalistenbesuchen und in der Wiederaufnahme gemeinsamer Kulturveranstaltungsprojekte.

Den Impuls zu dieser neuen Politik gaben vermutlich auch die spürbaren Veränderungen in der innenpolitischen Entwicklung Österreichs. Der Machtgewinn Kreiskys beziehungsweise des Vizekanzlers Pittermann und der Austritt des Bundesministers Helmer aus der Regierung bedeutete eine Machtverschiebung in der SPÖ-Führung, die aus Sicht der Kádár-Regierung günstig zu sein schien. Zugleich verdeutlichte der Rücktritt von Julius Raab als Vorsitzender der ÖVP den möglichen Beginn eines entschiedeneren Auftretens gegenüber der kommunistischen Staatsführung Ungarns, weil damit seine Regierungsmacht geschwächt und das Vordringen der konservativen bürgerlichen Kräfte erleichtert wurde.

Die Grenzen der Annäherung zeigten sich bei den Verhandlungen zwischen Sík und Kreisky. Nachdem die erreichten Ergebnisse und die noch ungelösten Fragen auf wirtschaftlichem Gebiet besprochen worden waren, stellte Kreisky die seit langer Zeit eindeutige österreichische Auffassung offen dar. Demnach müßte sich zunächst die politische Atmosphäre ver-

ändern, um zu einer grundlegenden Veränderung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und zur Lösung der Probleme auf Regierungsebene kommen zu können. Da jedoch diese Atmosphäre fehle, halte er, Kreisky, die Annahme einer Einladung nach Budapest für unmöglich. Daraufhin lehnte Sík die Veröffentlichung eines Kommuniqués über diesen Besuch ab. Kreisky versuchte, vermutlich auch auf Drängen der amerikanischen Diplomatie hin, den ungarischen Außenminister davon zu überzeugen, daß es wichtig sei, dem Hauptbeauftragten der UNO für die Ungarn-Frage, Sir Leslie Munro, eine Orientierung in Ungarn selbst zu ermöglichen. Er bot auch an, bei der Lösung der Angelegenheit von József Kardinal Mindszenty zu vermitteln.²⁴ Kurz nach dem Treffen stimmte die österreichische UNO-Delegation trotz neuerlichen sowjetischen Drucks erneut gegen die Anerkennung des ungarischen Mandats.

Dies alles mag dazu beigetragen haben, daß der stellvertretende Außenminister Frigyes Puja bei der Budapester Botschafterkonferenz im Dezember 1959 die positiven Tendenzen zwar anerkannte, unbedeutende Punkte aber einer Kritik unterzog, beispielsweise das Treffen der Organisationen der Sudetendeutschen und schwäbischen Vertriebenen in Österreich, das Auftreten der bekannten ungarischen Alt-Sozialdemokratin Anna Kéthly in Wien, die in der revolutionären Regierung von Imre Nagy Ministerin gewesen war, oder die hohen Auszeichnungen mehrerer sozialdemokratischer Politiker Österreichs durch den Vatikan und die amerikanische Regierung für ihre Unterstützung der ungarischen Flüchtlinge. Die Formulierung der Aufgaben der ungarischen Diplomatie in Österreich erfolgte auf jeden Fall unverändert im Sinne des Kollegiumsbeschlusses vom vorangegangenen Jahr. Aufmerksamkeit verdienen auch die Andeutungen des Gesandten István Sebes, der sogar drei neue Faktoren nannte, die auf die langfristigen ungarisch-österreichischen Beziehungen Einfluß ausüben könnten. Ein bedeutender Faktor waren die Beziehungen der ungarischen Wirtschaft zu den staatlichen gewerblichen Unternehmen Österreichs, die unter der Leitung der SPÖ und der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) standen. Weitere Einflußfaktoren waren die ungarische Visumpolitik sowie die Einstellung gegenüber ausländischen, insbesondere österreichischen Journalisten.

Im Vergleich zur Atmosphäre der Konferenz war im Februar 1960 bei der Kollegiumsdebatte des Außenministeriums über die ungarisch-österreichischen Beziehungen eine schärfere Tonart zu vernehmen. Der erste Stellvertreter des Außenministers, János Péter, beurteilte das österreichische Verhalten gegenüber Ungarn nach den alten, eindeutig negativen Stereotypen: »Es gibt immer mehr Anzeichen dafür, daß die immer besser ausgebaute Basis der gegen das sozialistische Lager gerichteten Propa-

²⁴ László Borhi: *Iratok a magyar-amerikai kapcsolatok történetéhez*. Dokumentumgyűjtemény. 1957-1967. Budapest 2002, 51.

ganda- und Spionageaktivitäten Österreich und Wien seien. In dieser Hinsicht liegen sie sogar noch vor Westdeutschland. [...] Ich glaube nicht, daß Österreich in seiner Neutralität in irgendeiner Hinsicht massiver, besonnener geworden wäre in seinem feindlichen Verhalten gegenüber dem sozialistischen Lager.«²⁵ Bemerkenswert war dabei auch, daß János Péter die Bedeutung der bevorstehenden Reisen Kreiskys nach Polen und Jugoslawien unterschätzt hatte.

Künftige Analysen über die ungarische Außenpolitik sollten ausführlich klären, welche inneren und äußeren Umstände die ungarisch-österreichische Annäherung bis zum Sommer 1960 verhinderten. Der wichtigste Faktor war zweifellos die internationale Krise, die sich aus dem Abschluß eines amerikanischen U2-Spionageflugzeugs über der Sowjetunion ergeben und ein geplantes Gipfeltreffen in Paris verhindert hatte. Ein wichtiges zwischenstaatliches Element dieser Krise war, daß das ungarische Außenministerium Ende Juni dem österreichischen Gesandten in Budapest eine umfassende Protestnote überreichte. Darin versuchte die Kádár-Regierung am Vorabend der Österreich-Reise einer sowjetischen Regierungsdelegation unter der Führung von Nikita Chruschtschow die früheren Erpressungsmethoden anzuwenden und überhäufte Österreich mit einer Reihe von Vorwürfen. Zweifelsohne wurde die ungarische Politik dabei erneut vom Willen geleitet, Österreich zu Zugeständnissen zu zwingen.²⁶ Der Besuch Chruschtschows brachte jedoch keine Veränderungen in der österreichischen Außenpolitik. Daraufhin vervielfachten sich ab August die bewaffneten Provokationen durch Ungarn entlang der Staatsgrenze, die zu zahlreichen Notenwechseln und Regierungserklärungen führten. Schließlich brach auch der Pressekrieg zwischen den beiden Ländern wieder aus. Die politische Krise erreichte Ende November, Anfang Dezember 1960 ihren neuerlichen Höhepunkt.

Diese Atmosphäre überschattete fast ein Jahr lang die Kontakte. Trotzdem kam es zu gegenseitigen Besuchen auf unterer und höherer Ebene, während die wirtschaftliche Zusammenarbeit in schwankendem Maße bestehen blieb. Unter der deutlichen Mitwirkung der beiden kommunistischen Parteien, insbesondere der KPÖ, sowie der kommunistischen Massenorganisationen nahm der Fremdenverkehr zu, und es wurden immer mehr wissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen außerhalb des staatlichen Rahmens durchgeführt. Gleichzeitig kam es allerdings weiterhin zu bewaffneten Grenzzwischenfällen, das militärische *Festungssystem* wurde auch auf österreichischer Seite ausgebaut. Flankiert war diese Ent-

²⁵ MOL, XIX-J-1-j, Österreich, 4/b, Külügyminisztérium, 005634/1960, Kt. 8, Protokoll, 7.

²⁶ Bemerkenswert war, daß Außenhandelsminister Jenó Incze und ein Vizeminister für Hüttenwesen und Maschinenbau zu gleicher Zeit – erstmalig nach der Revolution von 1956 – Österreich einen mehrtägigen offiziellen Besuch abstatteten. Die Delegation wurde auch von Kreisky empfangen.

wicklung von diplomatischen Notenwechseln und gegenseitigen Presse-attacken.

Während die Wirtschaftsdiplomatie unverändert eine bestimmende Rolle spielte, brach im Sommer 1961 das Eis in der Frage der Grenzregelungen. Drei Abkommensentwürfe kamen auf die Tagesordnung: über die Erneuerung der Grenzmarkierungen, über die Grenzordnung und über die Schaffung von gemischten Kommissionen in Grenzangelegenheiten. Im Sinne der vorher erstellten Zusammenfassung der Landeskommandantur der ungarischen Grenzwa­che wurde festgelegt, daß die technische Sperre als innere Angelegenheit Ungarns weiterhin nicht Thema der Unterredungen sein dürfe. Das Protokoll betonte jedoch zugleich, daß die Unterzeichnung jedes der erwähnten Abkommen ein wichtiger Schritt sei, der »uns dem Ziel, das heißt der teilweisen oder vollständigen Auflösung der außerhalb des rechtlichen Rahmens liegenden Zustände etwas näher bringt.«²⁷ Bei den Budapester Verhandlungen im Januar 1962 wurde der Text der Vereinbarung über die Erneuerung der Grenzmarken und über die gemischten Kommissionen von den Delegationen fixiert.

In den ersten Monaten des Jahres 1962 nahm das österreichische Außenministerium einen Personalwechsel in der Budapester Gesandtschaft vor. Nach sechsjähriger Dienstzeit wurde Walter Peinsipp zurückbeordert, der der Kádár-Regierung wegen seines konsequenten und mutigen Verhaltens während und nach der Revolution ein Dorn im Auge gewesen war. An seiner Stelle wurde der Karrierediplomat Simon Koller, bis dahin Abteilungsleiter im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, nach Ungarn entsandt. Ein zumindest in politischem Sinne wichtigeres Ereignis war, daß im Mai 1962 der ehemalige Bundeskanzler und amtierende Präsident der Bundeskammer für Handel und Gewerbe, Julius Raab, anläßlich der Budapester Internationalen Messe für zwei Tage an der Spitze einer Delegation nach Budapest reiste, obwohl die österreichische Presse ihn dafür heftig kritisierte. Im österreichischen Pavillon der Messe begrüßte er die ungarischen Politiker, die dem Pavillon einen Besuch abstatteten. Im Laufe des Sommers reisten Mitglieder der Landesregierung des Burgenlandes – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit – für zwei Tage nach Ödenburg, um mit den führenden Politikern des Komitats Győr-Sopron (*Raab-Ödenburg*) über die Beziehungen im Grenzgebiet zu verhandeln.

Im September stimmte die österreichische Regierung der Fortsetzung der 1956 abgebrochenen Verhandlungen der Hauptkommission für Vermögensfragen zu. Damit ergab sich die Möglichkeit, eines der wichtigsten bilateralen, von internationalen Verhältnissen weitgehend unabhängigen

²⁷ *Iratok Magyarország és Ausztria kapcsolatainak történetéhez 1956-1964* Nr. 25, Anm. 63; MOL, XIX-J-1-j, Österreich [ohne Zahl], Külügyminisztérium. Aufzeichnung der Landeskommandatur der ungarischen Grenzwa­che im Innenministerium, 14. Juni 1961.

Probleme zu lösen.²⁸ Wenig später wurde das Handels- und Zahlungsabkommen mit einer Gültigkeitsdauer von fünf Jahren unterzeichnet. Die schwere internationale Krise, die mit dem Mauerbau in Berlin und der späteren Raketenkrise in Kuba aufflammte, beeinflusste die Bestrebungen der ungarischen Außenpolitik in diesen Punkten nicht. Die kommunistische Regierung konnte die eigene, wenn auch sehr begrenzte außenpolitische Linie besonders gegenüber Österreich ausbauen und vorantreiben. Die 1962 vom Außenministerium verfaßte Stellungnahme „Die Außenpolitik der Volksrepublik Ungarn und ihre Beziehungen zu den wichtigsten Ländern“ gab als Hauptziele die Normalisierung der Beziehungen zu Österreich, Großbritannien, Frankreich und Italien an, wobei Österreich hervorgehoben wurde.²⁹ Kurz bevor die Generalversammlung der UNO im Dezember das Mandat des UNO-Beauftragten Munro bezüglich der Untersuchung der *ungarischen Frage* entzog, stellte János Kádár beim VIII. Kongreß der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei fest, daß die Partei sich um die Schaffung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu Österreich bemühe, und eine nützliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern möglich sei, sofern ihre wechselseitigen Interessen einander nicht behinderten.

Im Laufe des Jahres 1963 behinderte jedoch das Tauziehen um die Unterzeichnung des Grenzabkommens und der vermögensrechtlichen Vereinbarungen weiterhin die formale Versöhnung. Vizekanzler Bruno Pittermann, der als Regierungsmitglied die staatliche Industrie zu überwachen hatte, und Handelsminister Fritz Bock kamen im Mai dennoch an der Spitze einer Wirtschaftsdelegation zur Eröffnung der Internationalen Messe nach Budapest. Die Besuche des Außenministers Kreisky in Bukarest und Sofia, die den früheren Reisen nach Polen folgten, bestärkten die neue Richtung der österreichischen Außenpolitik, die Kreisky maßgeblich prägte. Nicht weniger kennzeichnend war die Abmilderung der bis dahin auch offiziell eindeutigen antikommunistischen Position des Unterrichtsministers Heinrich Drimmel, der mit dem Vorsitzenden des ungarischen Instituts für Internationale Kulturkontakte, József Bognár, anlässlich der Eröffnungsfeier des neuen Gebäudes des Ungarischen Kulturinstituts in Wien zu einem Gespräch zusammenkam. Die Beschlüsse des ungarischen Politbüros über den Abschluß der Verhandlungen zu vermögensrechtlichen Fragen vom 21. Dezember 1963 und 16. Juni 1964 schafften die letzten Hindernisse für politische Treffen auf hoher Ebene aus dem Weg und ermöglichten eine ganze Reihe weiterer Fachabkommen über wirtschaftliche und internationale Zusammenarbeit.

²⁸ Über die Bedeutung der Vermögensfragen am Vorabend der Ungarn-Reise Kreiskys Katalin Soós: Kreisky osztrák külügyminiszter magyarországi látogatása 1964-ben. In: Múltunk 46 (2001) 4, 195.

²⁹ MOL, M-KS 288. f. 32/1962/16. öe. Akten des Auswärtigen Ausschusses des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei.

Der Empfang des ersten Stellvertreters des Ministerpräsidenten und Politbüromitglieds Jenő Fock im Juni 1964 in Österreich sowie der Besuch und an der Universität gehaltene Vortrag von Heinrich Drimmel im September in Budapest fanden bereits unter diesen neuen Vorzeichen statt. Die Atmosphäre wurde durch die politische Entscheidung vom Juli über die Erleichterung der ungarischen Visavergabe positiv beeinflusst. Der Höhepunkt dieses Prozesses war zweifelsohne der Besuch einer großen, von Kreisky angeführten österreichischen Delegation Ende Oktober 1964 in Budapest. Es gab Gespräche mit führenden Politikern in sichtlich ungewohnter Atmosphäre, es wurden drei Abkommen unterzeichnet und es fanden Unterredungen zwischen Experten über weitere Zielsetzungen statt. Außerdem wurde die Aufwertung der Außenvertretungen in den Rang von Botschaften beschlossen. Kreisky betonte in seinem Vortrag über die Grundsätze der österreichischen Außenpolitik, den er an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften hielt, zurecht: »Die österreichisch-ungarischen Beziehungen sind nun in eine neue Phase eingetreten. Die Verträge, die wir in diesen Tagen abschließen, sind ein erster deutlich sichtbarer Beweis hierfür. Wir stehen also am Anfang einer neuen Ära, die für unsere beiden Völker von großer Bedeutung sein kann.« Dies bedeute jedoch nicht, zitierte Kreisky Bundeskanzler Klaus, »daß wir ideologisch aufgeweicht oder bereit sind, stückweise in einer Annäherungspolitik an kommunistische Regime von unserer Substanz zu opfern, sondern im Gegenteil, wir uns ideologisch stark genug fühlen, weil wir von der Richtigkeit unserer Ideen, unseres Gesellschaftsbildes überzeugt sind.«³⁰

Diese Gedankenfolge glich auf eigenartige Weise dem, was der stellvertretende ungarische Außenminister Endre Sík dem Gesandten Peinsipp zufolge in den ersten Novembertagen 1956 formuliert hatte, als er die ungarisch-österreichischen Beziehungen folgendermaßen beschrieb: »Wir sind zwei geschiedene Eheleute, denen es schon deshalb, weil sie gezwungen sind, bis an ihr Lebensende weiterhin Zimmer an Zimmer zu leben, nicht möglich ist, die Vergangenheit auszulöschen und dauernd zu streiten. Sie streiten zwar sehr oft, erinnern sich dann wieder mehr der guten als der schlechten Tage und kommen wieder darauf, daß sie miteinander letzten Endes doch auskommen müssen. Je älter sie werden, um so verständiger und gescheiter werden sie. [...] Es gibt in Österreich und in Ungarn gemischte Ehen, in denen sich weder der eine noch der andere Teil von seinem Glauben irgendwie abbringen läßt und klugerweise auch keiner versucht, den anderen zu bekehren. Diese Ehen harmonisieren, da je-

³⁰ Zitiert nach *Bielka* 220, ohne Hinweis auf Klaus. Hierzu Hans-Georg *Heinrich*: Die Entwicklung der österreichisch-ungarischen Beziehungen. In: *Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn* 28: »[Kreisky] meinte, daß die beiden österreichischen Regierungsparteien gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas die gleiche Politik vertreten würden. Er zitierte Bundeskanzler Klaus, der gemeint hatte: [...]«

des nach seiner façon lebt, ganz gut. In dieser Rolle befinden sich unsere beiden Länder.«³¹

Einen bleibenden guten Eindruck machte auf den österreichischen Außenminister das Gespräch mit János Kádár, das die breiteren internationalen Zusammenhänge durchleuchtete, zum Beispiel die möglichen Konsequenzen der Absetzung Chruschtschows, die kurz zuvor erfolgt war. Kádár bestätigte, daß die außenpolitische Linie Ungarns und der Normalisierungsprozeß in bestimmten Politikbereichen unverändert bleibe.³² Die Verhandlungen, die von beiden Außenministern im April 1965 in Wien fortgeführt wurden, veranlaßten die kommunistische Führung Ungarns, im Mai 1965 die Entscheidung über die heikelste Frage der bilateralen Beziehungen zu treffen. Sie betraf die Liquidierung der Minensperre an der Staatsgrenze und den stufenweisen Ausbau eines elektronischen Alarmsystems. Nach dem Beschluß des Politbüros sollte der Umbau binnen vier Jahren abgeschlossen sein.³³

Acht Jahre nach der blutigen Niederschlagung der Revolution in Ungarn wurde von der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition in Wien die mit dem Namen Kreiskys verbundene Ostöffnung gegenüber Ungarn als realistische und wegweisende Entscheidung gutgeheißen. Dies geschah vor dem Hintergrund der Veränderungen der internationalen Konstellation, der gewandelten Beurteilung der Kádár-Regierung und nicht zuletzt der bilateralen Problemlösungen unter den gegebenen Rahmenbedingungen. Die Wichtigkeit des vermögensrechtlichen Abkommens wird auch aus der Tatsache ersichtlich, daß die Lösung der Probleme mit der Tschechoslowakei an dieser Frage scheiterte und sich bis 1978 verzögern sollte. »Daß die Quadratur des Zirkels, Distanz und Annäherung zu einem kommunistischen Regime zu vereinen, gelungen ist, hat die weitere Entwicklung gezeigt.«³⁴ Schließlich entwickelte sich so ein Sonderfall der Ost-West-Beziehungen, der fast dreißig Jahre lang zumeist problemlos *funktionierte*, gleichwohl eher die Kádár-Regierung von dieser Sonderbeziehung in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht profitierte. Österreich wurde nämlich für Ungarn ein offenes Fenster und ein zentrales Bindeglied zur westlichen Welt.

³¹ ÖStA AdR BMfAA, Pol. II. Ungarn, 3. GZ 544.987/1958 (546.136). Meldung des Gesandten Peinsipp.

³² ÖStA AdR BMfAA, Pol. II. Ungarn, 2. GZ 65.173/1964. Siehe auch Soós.

³³ MOL, M-KS-288. f. 5/365. öe., 129-132 und 5/398.öe., 179-180. Protokolle des Politbüros der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei.

³⁴ *Heinrich 29.*